

4646/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Brigitte Povysil
und Kollegen

an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend HIV/AIDS : erforderliche Maßnahmen seit Einführung neuer
Therapien

Am 28. Juni 1998 fand in Genf der 12. Internationale AIDS Kongreß unter dem Motto "Bridging the gap" statt. Trotz eines in diesem Bereich vergleichsweise guten Gesundheitssystems in Österreich gibt es bezüglich HIV/AIDS genügend "Kluffen zu überbrücken" und es ist der Zeitpunkt gekommen wesentliche Veränderungen vorzunehmen.

Seit den Anfängen der Verbreitung von HIV war lediglich AIDS, in anonymisierter Form, an ein zentrales Register beim BMAGS meldepflichtig. Diese Meldungen stellen eine um 10 Jahre (Inkubationszeit von HIV) zurückliegende Verbreitung von HIV dar.

Um eine wirkungsvolle Prävention betreiben zu können, müßten aber aktuelle Trends in der Verbreitung von HIV beurteilt werden können.

Seit 1996 kam es zu einem eindrucksvollen Rückgang von AIDS und den bedingten Todesfällen. Der jeweilige Anteil (Präventionl Erfolg neuer Therapien) an diesem Rückgang von AIDS ist nicht untersucht.

Dadurch ist unser Wissen um die Verbreitung von HIV schlechter geworden. Aus diesem Grund sehen wir eine Erneuerung der epidemiologischen Überwachung und anderer Maßnahmen als unverzichtbar.

Durch ein verbessertes HIV - Meldesystem könnte eine österreichweite Kohortenstudie zur Vertiefung des Wissens bewirkt werden. z.B. das Auftreten anderer sexuell übertragbarer Erkrankungen sowie Hepatitis C, vor und nach dem Erwerb einer HIV Infektion. Durch Subtypenanalysen und Sequenzierungen könnten Ansteckungswege direkt nachvollzogen werden. Weiters erhielte man so eine mögliche Beurteilung über die Entstehung resistenter HIV und könnte einer etwaigen Verbreitung, dieser vorbeugen. Letztlich erhielte man auch eine Beurteilung des Zugangs zu medizinischen Leistungen (derzeit wird nur eine Minderheit von 1500 HIV - Infizierten behandelt!)

Bei der HIV rücken Therapie und Prävention zusammen. Durch eine kompetente Behandlung kann das Risiko einer Übertragung, von HIV von der Mutter auf das Kind von 20 auf 2% gesenkt werden.

Die antivirale Behandlung von HIV - Infizierten erfolgt mehrheitlich durch in Krankenhäusern tätige Dermatologen und Pulmologen. In diesen beiden Fächern ist eine adäquate Behandlung der HIV - Infektion im Ausbildungsziel nicht gefordert.

Durch ein Schengenvisum hat der jeweilige Inhaber die Möglichkeit unkontrolliert und frei in allen Gebieten der Union zu zirkulieren, nachdem er im Schengenerland eingereist ist.

Durch die rasante Entwicklung von AIDS/HIV in den ehemaligen Reformländern besteht die Gefahr des verstärkten "Einschleppens" nach Österreich und den Schengenländern, nachdem an den österreichischen EU Außengrenzen keine routinemäßigen Gesundheitskontrollen (wie z.B. in den USA) durchgeführt werden. Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales folgende

ANFRAGE:

1. Gedenken Sie in Bezug auf die Meldepflicht für HIV eine Änderung des "Aidsgesetzes" dahingehend vorschlagen, daß bereits der "Ausbruch" erfaßt werden kann? Wenn Nein, warum nicht?
2. Können Sie sich bei einem operativen Eingriff oder bei einer Blutspende (siehe letzten Blutskandal im AKH Wien), eine bundesweite Regelung für einen verpflichtenden AIDS Test vorstellen? Wenn Nein, warum nicht?
3. Können Sie sich vorerst eine Verknüpfung der Datenbanken in den vier großen Behandlungszentren Wien, Linz, Graz, und Innsbruck vorstellen? Wenn Nein, warum nicht?
4. Können Sie sich eine Aufnahme des HIV - Tests in den Mutter - Kind Paß vorstellen? Wenn nein, warum nicht?
5. Können Sie sich eine adäquate Weiterbildung - der betroffenen Ärzte im Bereich HIV/AIDS vorstellen? Wenn Ja, wie? Wenn Nein, warum nicht?
6. Welche Maßnahmen gedenken Sie in Abstimmung mit Ihren Ressortkollegen und der EU in bezug auf Gesundheitskontrollen bei Einreise in unser Land, respektive in ein Schengenerland (Z.B. transkontinental via Frankreich nach Österreich) durchführen zu lassen?
7. Welche Maßnahmen gedenken Sie in Abstimmung mit Ihren Ressortkollegen und der EU in bezug auf Gesundheitskontrollen an den EU Außengrenzen durchführen zu lassen?
8. Werden diese etwaigen Maßnahmen bei allen Möglichkeiten der Einreise umgesetzt werden? (Landweg, Luftweg, Wasserstraße und Bahn)